



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

eine nationale und patriotische, weil sie großen politischen Ideen eine Stätte bereitete. Ihm aber wurde das Glück, daß er in angestrenzter Berufsarbeit und hartem Kampf als Künstler, Beamter und Patriot sich mit den höchsten Forderungen der Zeit im Einklange erhielt.

♀

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, den 2. December.

„Ich sitze am Ufer und warte auf den Wind“ lautet ein oft wiederholtes russisches Sprichwort, das wenn wir nicht irren Alexander Herzen zuerst in Umlauf gebracht und auf größere Verhältnisse angewandt hat. „Ich sitze am Ufer und warte auf den Wind“ so kann die Mehrzahl der europäischen Staaten sagen, um deren Geschehnisse es sich in der Tagesgeschichte handelt und die im Mittelpunkt der Ereignisse oder der Gedanken stehen, die man sich über dieselben macht. Preußen wartet auf den Wind, der es über den Main führt, Frankreich oder doch Frankreichs Regierung auf günstige Räfte zur Fahrt über den Rhein, Oestreich auf die Gelegenheit zur Wiederaufnahme seiner deutschen Politik, Italien auf den Sturm, der die französische Occupationarmee von der römischen Erde wegsegt, Spanien erwartet von dem freien Luftzug, den es sich geschaffen hat sogar daß derselbe ihm einen König in den Schooß werfe. Die letzten Jahre haben uns so gründlich daran gewöhnt, daß unvorhergesehene Ereignisse über den Haufen stürzen, was lange und mühsam geplant worden, daß wir solche Ereignisse als regelmäßige Factoren mit in Rechnung ziehen und nicht zum Schluß kommen, wenn sie ausbleiben.

Auf dem Gebiete der inneren deutschen Politik macht sich diese neue Art der politischen Buch- und Rechnungsführung besonders peinlich geltend. Auf die neuen Verhältnisse, in welche wir durch das Jahr 1866 gestellt wurden, war keine der alten Parteien eingerichtet und die neue Partei, welche sich auf den Boden der neuen Verhältnisse gestellt hat, kann nicht verleugnen, daß sie sich in ein Bett gelegt hat, das ihr von anderen Leuten gemacht worden ist. Die Situation vom Herbst 1866 war über Nacht gekommen — kein Wunder, daß ihre Consequenzen von Niemanden voraus berechnet werden konnten, auch von denen nicht, welche sie geschaffen hatten. In der Besorgniß, sich nicht zum zweiten Male durch die Ereignisse überraschen zu lassen und dann der Kurzsichtigkeit angeklagt zu werden, wurden wir zu weitfichtig, d. h. unsere Gedanken übersprangen die weite dürre Ebene

welche zwischen der vollzogenen Einigung des nördlichen und der künftigen Einigung des ganzen Deutschland liegt und die wir jetzt langsam und geduldig durchwandern müssen. Mag man sagen, was man wolle: die wirkliche politische Geduld ist unsere Sache nie gewesen — was man mit ihr verwechselte war eine Apathie, die weder geduldig noch ungeduldig, sondern eben — apathisch war. Es scheint, wir werden diese Geduld lernen müssen; der wohlfeile Optimismus, der da meinte, das ungethane Stück Arbeit von 1866 werde sich von selbst einholen, hat zu gründlich Bankerott gemacht, als daß uns Etwas übrig bliebe, als die Arbeit, die im Glanze der Sieges- sonne übernommen wurde, an lichtlosen Tagen fortzuführen und mit der Speculation auf unerwartete Glücksfälle abzuschließen.

Freilich wird diese Geduld mitunter auf harte Proben gestellt. Der heurige preussische Landtag hat seine Thätigkeit mit der Betrachtung des häßlichen Reverses der Medaille von 1866 beginnen müssen. Noch ehe die erwarteten Vorlagen für Reorganisation der Kreisverwaltung aus dem ministeriellen Nebel traten, der über ihnen liegt, wurde dem Landtage ein Budget vorgelegt, welches die Thatsache des eigentlich schon lange vorhandenen Deficits unzweideutig eingestand. Was der Finanzminister vorbrachte, um die Verantwortlichkeit für diese Schuld abzulehnen, erinnerte lebhaft an den neulich herangezogenen Vergleich der norddeutschen Bundesverfassung mit einer Maschine, die nur ihr Schöpfer zu handhaben wisse. Die Nothwendigkeit ein verantwortliches Bundes-Finanzministerium herzustellen ist nie mit solcher Deutlichkeit hervorgetreten, als während der Debatten, welche dem v. d. Heydt'schen Resumé über die Finanzlage und dem Lascker'schen Antrage folgten. Daß dieser Antrag von den vereinigten Radicalen der Rechten und Linken zu Fall gebracht wurde, lieferte einen neuen Beleg dafür, daß die alten Parteien schlechterdings außer Stande sind, ihre doctrinären Schnürstiefel auszuziehen und gehen zu lernen. Die Lascker'sche Bill war so allgemein gehalten, ging so direct auf das Ziel los, dem widersinnigen Confussionszustande ein Ende zu machen, den Herr v. d. Heydt deutlich genug eingestanden hatte, daß nur böser Wille oder Unverstand annehmen konnten, es handele sich um ein Erbieten zur Aufbringung neuer Steuern oder (wie die „Kreuzzeitung“ nachträglich behauptete) um ein Attentat auf die königliche Prærogative. Dieselben Leute, welche sich fortwährend auf die altpreussische Praxis stützten, keine Ausgaben zu machen, ehe die entsprechenden Einnahmen sicher gestellt worden, haben sich mit Hand und Fuß dagegen gesträubt, diese Praxis auf den norddeutschen Bund auszudehnen: das System, nach welchem der Reichstag nur die Ausgaben feststellt und die Aufbringung der bezüglichen Mittel der Hauptsache nach den Einzelstaaten überläßt, steht in directem Gegensatz zu der Forderung Ausgaben und Einnahmen

im Voraus in Gleichgewicht zu bringen. Hoffen wir, daß die nächste Reichstagsession das Geschick des Lascher'schen Antrags im preußischen Abgeordnetenhaus nicht als Präjudiz ansehen und dem preußischen Staate ebenso wie den übrigen Staaten helfen werde, ohne auf particularistische Bedenken Rücksicht zu nehmen.

Nächst den Verhandlungen über das Budget haben die Debatten über einzelne Positionen des Cultusministeriums bis jetzt das Hauptinteresse gewährt. Als besonders erfreulich muß die Taktik angesehen werden, mit welcher die liberalen Parteien an dem Grafen Eulenburg dieses Mal vorübergegangen sind, um ihr Hauptgeschütz gegen den Unterrichtsminister zu richten und da Bresche zu schießen, wo die Bastion der Gegner augenscheinlich am schwächsten ist. Nichts hat der preußisch-deutschen Sache in den neuen Provinzen so empfindlichen Schaden gethan, Nichts den particularistischen Umtrieben so reichliches Aufwasser gegeben, als jenes System ministeriellen Besserwissens und Bessermachens, das sich in alle Details des Communallebens einmischt und Schullehreranstellungen in den Rang politischer Parteifragen erhebt. Wie unermeslich groß das Capital ist, das die Gegner allein aus der Kreißig'schen Angelegenheit, der Vertheidigung des Flügge'schen Lesebuchs und dem Breslauer Schulstreit geschlagen haben, weiß man in Preußen vielleicht nicht so genau, wie bei uns im norddeutschen „Auslande“. Das Vergerniß wegzuschaffen, das Herr von Mühler durch diese Mißgriffe gegeben, sollte das Hauptziel der liberalen Parteien sein; kein Preis der dafür gezahlt wird, auch nicht der, gewisse Collegen des unglücklichen Reorganisors der nassauischen Schulverhältnisse noch Jahr und Tag zu behalten, ist zu hoch. Klingt es nicht wie ein Hohn auf all die Decentralisations- und Selbstverwaltungsversprechungen, von denen die officöse Presse übersieht, wenn der Cultusminister seine berliner Gewohnheiten zu Kriterien darüber machen darf, wie bei der Einrichtung von schlesischen oder hessischen Schulen im Einzelnen verfahren wird, wenn Monate vergehen müssen, ehe eine große Provinzialstadt das Recht erhält, den Mann ihrer Wahl als Schuldirektor anzustellen und zu bezahlen! Mag es bei Lichte besehen im Ressort des Grafen Eulenburg nicht besser zugehen: vor Provocationen der öffentlichen Meinung, wie sie Herrn von Mühler zur Gewohnheit geworden sind, hat der preußische Minister des Innern sich wenigstens in der Neuzeit gehütet und wirkliche Freunde der Decentralisation werden sogar nicht leugnen können, daß derselbe sich durch seine Behandlung der Selbstverwaltungsfrage in Hannover und Hessen ein Verdienst erworben hat, das jedem liberalen Minister zur Ehre gereichen würde. Nicht auf den Inhalt der neuerdings bestätigten hessischen und hannoverschen Regulative kommt es bei Beurtheilung derselben an, sondern darauf, daß sie in wirklich auto-

nomistischer Weise und ohne Einmischung der Centralgewalt — mag dieselbe Ministerium oder Parlament heißen — zu Stande gekommen sind. Daß man hier provinciellen Neigungen und Gewohnheiten freies Feld gelassen und wirklich bloß zugeesehen hat, scheint uns von unermäßigem Werth zu sein. Nichts Verkehrteres hätte sich denken lassen, als wenn die provinciale Selbstverwaltungsmaschine von anderen Leuten aufgestellt worden wäre, als denen die mit ihr auszukommen haben, nichts Unwahreres und Höhleres, als wenn man die Begründung der Selbstverwaltung auf dem Wege der Bevormundung eingeleitet und das Selbstbestimmungsrecht der neuen Provinzen schon in seiner Geburtsstunde namens liberaler oder conservativer Doctrinen gekreuzt hätte.

Noch eine andere Errungenschaft ist aus der preußischen Geschichte des letzten Monats aufzuzählen und da wir im Uebrigen an liberalen preußischen Errungenschaften nicht besonders reich sind, darf sie nicht übergangen werden: die parlamentarische Redefreiheit ist endlich seitens der Regierung anerkannt worden und wenn sie nicht noch im Herrenhause auf Klippen stößt, wird die Wiederkehr von Processen im Stile der Lascker-Twesten'schen künftig unmöglich sein. Mit Recht hat die liberale Partei sich gehütet, von der allenthalben Anerkennung einer selbstverständlichen Forderung besondres Aufheben zu machen — immerhin aber ist es ein Gewinn, daß ein Odium der peinlichsten Art aus dem inneren preußischen Staatsleben ausgemerzt worden ist.

Fragen der auswärtigen Politik haben seit Begründung des norddeutschen Bundes in dem Hause am Dönhofsplatz keine Stätte mehr. In der letzten Zeit hat die preußische Diplomatie — so weit sich über dieselbe überhaupt urtheilen läßt — ruhigere Tage gehabt. Frankreich ist mit Spanien und mit sich selbst überbeschäftigt, zumal seit es Herrn Pinard gelungen, den todtten Baudin aus dem Grabe aufzuwecken und täglich durch die Straßen und Gerichtssäle der französischen Hauptstadt zu führen — und das Verhältniß zu Frankreich ist und bleibt, trotz aller österreichischen Radomontaden, immer die große und im Grunde die einzige Frage der preußisch-deutschen auswärtigen Politik. Erst wenn in Frankreich die Kriegspartei die Oberhand gewinnt, werden die 800,000 Soldaten, welche Herr v. Beust sich vom wiener Reichsrath bewilligen ließ, waffenfähig, erst wenn Marschall Niel über die Rathschläge de Mouffier's und Rouher's die Oberhand gewinnt, kommt in Betracht, was man in Stuttgart, Darmstadt u. s. w. gegen die neue Ordnung der deutschen Dinge plant. Bis es zu einer Entscheidung über Frankreich's auswärtige Politik kommt, haben wir vom deutschen Süden Nichts zu hoffen aber auch Nichts zu fürchten und wird unsere deutsche Politik sich aller Wahrscheinlichkeit nach darauf beschränken können, den status quo zu erhalten und darüber zu wachen, daß Preußens und des norddeutschen Bundes

Attractionskraft nicht gemindert werde. Und eine Entscheidung in Frankreich scheint weiter als jemals auszustehen; die letzten vier Wochen französischen Staatslebens haben die Regierung in eine Reihe von Verwickelungen gestürzt, deren Ende sich absolut nicht absehen läßt. Die Entschiedenheit, mit welcher der Kaiser sich gegen des vielgewandten aber charakterlosen Rouher Rath in der Baudinangelegenheit für eine Repression im brutalsten Sinne des Wortes entschieden hat, bestätigt, daß die Elasticität des französischen Herrschers in der That abnimmt und derselbe in der Vertheidigung seines bisherigen Systems das einzige Heil sieht. Ohne Rücksicht auf die bevorstehende Neuwahl zum gesetzgebenden Körper und die Warnungen unabhängiger Freunde hat die Regierung die Zügel so scharf anzuziehen begonnen, als stünde das französische Volk noch unter dem Einfluß der Gesellschaftsrettung von 1851 und als hänge es nur von ihrem Willen ab, daß die Tage des Generals Espinasse wiederkehren. Im eigentlichsten Sinne des Wortes wird von der Hand in den Mund gelebt und krampfhaft an einem Regierungsapparat festgehalten, der sich schon seit Jahr und Tag als verbraucht ausgewiesen hat. Von den jüngeren Kräften, die sich seit dem letzten Jahrzehnt geltend gemacht haben, ist nicht eine von Bedeutung in den Dienst des zweiten Kaiserreichs gezogen worden; die Bureaus wie die officiösen Poststellen werden von Leuten bedient, welche niemals mit dem seit 1851 erwachsenen Geschlecht Fühlung gehabt haben. Und dieses jüngere Geschlecht ist unter Eindrücken aufgewachsen, die mit denen der vorigen Generation so gut wie Nichts gemein haben; die Erfahrungen, welche die Majorität von 1851 dem Kaiserthum, als der einzigen Rettung vor dem rothen Gespenst in die Arme trieben, fehlen den Altersklassen, welche unter der Polizeifuchtel groß wurden und die Erinnerungen von 1830 und 1848 nicht nach ihrer erschreckenden, sondern nur nach ihrer rostigen Seite kennen. Die Art und Weise, wie die letzte spanische Revolution in Paris aufgenommen worden, beweist deutlich, wie gründlich der Wind umgeschlagen hat und daß die Revolutionsfurcht nicht mehr das leitende Motiv der französischen Gesellschaft ist. In früheren Jahren wäre eine Umwälzung dieser Art der Regierung zu Gute gekommen; heute ist dieselbe dem Kaiserreich zu einer neuen Verlegenheit geworden. Unterstützt wird die allgemeine Unzufriedenheit mit dem herrschenden politischen System noch durch den Zusammensturz des wirthschaftlich-financiellen. Inmitten des Baudin-Lärms ist das traurige Resultat der letzten Versammlung des Credit immobilier ziemlich lautlos verhallt, aber für die Leute, welche sich nicht mit Politik beschäftigen, so lange sie ruhig von ihren Renten leben können, spielt der Bankerott der unter kaiserlicher Regide gebildeten Finanzgesellschaften die Rolle eines zweiten Mexico, einer Niederlage die sich an jedem Ultimo und jedem Quartalschluß

wiederholt. Daß im kaiserlichen Hoflager bereits die Rede von der Nothwendigkeit einer Armeereduction ist, zeigt, wie hoch die finanzielle Verlegenheit und Bedrängniß selbst in den Augen des in Geldsachen nicht eben ängstlichen Kaisers gestiegen ist und daß derselbe immer nur nach Ruhe seufzt und von keiner Art von Veränderungen Etwas wissen will, entmuthigt seine Anhänger vielleicht noch mehr, als das Anwachsen der Opposition. Daß das gegenwärtige System auf zwei Augen steht galt lang genug für seine Stärke, daß ein starker Wille herrsche, der bloß Werkzeuge, nicht Genossen neben sich brauchte, wurde nach den Wirren der Revolution und der impotenten blauen Republik als Wohlthat gepriesen. Heute documentirt sich mit erschreckender Klarheit, daß das gepriesene gouvernement personnel ein Provisorium war, von Hause aus mehr darauf angelegt dem Ehrgeiz eines Einzelnen zu entsprechen, als den Bedürfnissen einer Nation. Entschließt der Kaiser sich nicht noch in der ersten Stunde dazu, eine Modification eintreten zu lassen, welche wenigstens einzelnen Trägern der öffentlichen Meinung Frankreichs innerhalb des Kaiserthums Platz schafft — und das wird täglich unwahrscheinlicher — so kann die von ihm geschaffene Regierungsform ihren Schöpfer kaum überleben. Die Todesangst mit der die pariser Börse jede Nachricht von Schwankungen des kaiserlichen Gesundheitszustandes aufnimmt, hat uns noch neuerdings darüber belehrt, daß diese Meinung in den Kreisen Derer am weitesten verbreitet ist, die sie am wenigsten wahr haben wollen.

In Spanien hat die Fortdauer des ungewissen Gährungszustandes, in welchem das Land sich befindet, die Lage der provisorischen Regierung und die Aussichten der monarchisch-constitutionellen Partei entschieden zum Ungünstigen verändert. Das von Dlozaza veröffentlichte Rundschreiben des Centralcomités, welches die liberalen Spanier zu festem Zusammenstehen gegen die clericalen Wühlereien für die Republik einladet, ist ein Symptom dafür, daß die bisherigen Leiter der Bewegung den Boden unter ihren Füßen schwinden fühlen. Noch sind es nicht zwei Monate, daß sie diesen Boden betreten haben und bis zum Zusammentritt der Cortes werden mindestens noch zwei weitere Monate vergehen. Es fehlt vielleicht nur noch, daß Prim mit seiner Candidatur für die spanische Krone offen hervortritt, um dem Faß den Boden auszuschlagen. Die Unfähigkeit der Regierung, ihr monarchisches Programm durch eine bestimmte Throncandidatur zu vervollständigen, hat nicht nur ihrem Credit, sondern zugleich dem der monarchischen Sache unendlichen Schaden gethan und den Republicanern und Pseudorepublicanern direct in die Hände gearbeitet. Die clericale Partei ist zu klug, um ihre Sache durch sofortiges Eintreten für die vertriebene Dynastie zu compromittiren; ihren Zwecken läßt sich sehr viel erfolgreicher durch Unterstützung republicanischer Gelüste nachgehen, da diese mit Nothwendigkeit zu Zerrüttung und Bürger-

Krieg führen und den Kreislauf der Revolution beschleunigen müssen. Schon am 3. Oct. stellte Orense, Marquis von Albaida, ein republicanisches Programm auf, das den Clericalen sehr viel besser gefiel, als alle übrigen Manifeste in denen Moderados und Radicale sich versuchten; er forderte eine Föderativrepublik auf Grund der alten Provincialprivilegien, jener Fueros, die den liberalen Spaniern als Verneinung jedes wirklichen Staatslebens gelten, deren Namen das Landvolk aber nicht vergessen hat und die in den altspanischen Priesterkreisen aus naheliegenden Gründen einen sehr viel besseren Namen haben, als alle Verfassungsparagraphen, mit denen man es seit 1812 und 1820 versucht hat. Dem Clerus kann es nicht schwer fallen, unter Appellation an die Fueros die republicanischen Phrasen mitzumachen und dadurch die gegen die provisorische Regierung gerichtete Strömung zu verstärken. Hat diese erst das Oberhaupt gewonnen und die monarchisch-constitutionelle Partei zu Fall gebracht, so ist die allgemeine Verwirrung, in deren trüben Wassern sich erfolgreich fischen läßt, bereits vorhanden. — Das Verlangen nach Truppensendungen, das Mitte dieses Monats von einer Anzahl wichtiger Provincialstädte geäußert wurde, ist wiederum verstummt — nachträglich hat sich sogar herausgestellt, daß die durch die sevillaer Unruhen erweckten Besorgnisse übertrieben waren — aber das Vertrauen in die Autorität der Regierung hat sich seitdem nicht wieder gehoben; daß Prim seine Truppen in der Hauptstadt behalten wollte, konnte in der That nicht für einen Beweis von Selbstvertrauen und Sicherheitsgefühl gelten. Auch die Nachrichten aus Cuba, wohin das erste Kriegsschiff endlich abgegangen ist, lauten nicht mehr so zuversichtlich, wie in Lersundi's früheren Berichten — kurz man hat das Gefühl am Vorabend neuer Ereignisse zu stehen und die Flitterwochen der jungen spanischen Freiheit sind vorüber gegangen, ohne daß sie von den augenblicklichen Machthabern irgend erfolgreich ausgebeutet worden wären.

Die Verwickelungen im südwestlichen Europa haben zunächst die Folge gehabt, die ängstliche Aufmerksamkeit der deutschen Politiker von Paris abzuziehen und wieder nach Osten zu richten. Preußens auswärtigem Amt steht eine nach Außen wie nach Innen schwierige und peinliche Aufgabe bevor, bei der die Volksvertretung dieses Mal ein wichtiges Wort mitzureden haben wird. Die Entscheidung über die abgelaufene Cartelleconvention mit Rußland soll getroffen werden. Es gilt auf der einen Seite die Wünsche einer befreundeten, zur Zeit unentbehrlichen und dabei höchst reizbaren Nachbarmacht zu berücksichtigen, auf der anderen Seite der Würde der eigenen Nation Nichts zu vergeben und die kaum zweifelhaften Antipathien in Betracht zu ziehen, welche Rußland sich durch sein Zollsystem und seine innere Politik in Deutschland zugezogen hat. Das schutzöllnerische Absperrungssystem, an dessen unseligen Einfluß auf Preußens östliche Provinzen die

Noth des vorigen Winters nur all zu lebhaft erinnerte, steht in Rußland noch immer in Blüthe und ist durch die vielbesprochene letzte Tarifrevision nicht verändert worden; Grenzverletzungen, wie sie längst herkömmlich geworden, haben auch in der Neuzeit nicht gefehlt, und die gegen die Ostseeprovinzen und gegen Polen geübte innere Politik hat sicher nicht dazu beigetragen, die russischen Sympathien in Preußen zu verstärken. In Rußland selbst und namentlich in den Kreisen der nichtofficiellen Politiker scheint man eine lebhaft empfindung davon zu haben, daß trotz der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Regierungen der beiden nordischen Großmächte eine Fortdauer des gegenwärtigen Verhältnisses nicht für alle Zeiten möglich sein werde. Die nationale Partei wünscht sich wirthschaftlich noch unabhängiger von den preußischen Nachbarn zu machen und namentlich das Band zu lösen, durch welches die westrussische Ausfuhr an unsere Ostseehäfen geknüpft ist. Dem „abnormen“ Zustande, daß Königsberg und Memel die gesammte Production Polens und Litthauens ausführen und daß eine Sperrung dieser Häfen mit dem Stocken alles wirthschaftlichen Lebens an dem Njemen und der Weichsel gleichbedeutend sein würde, soll plötzlich und gewaltsam ein Ende gemacht werden. Seit Monaten bringt die einflußreiche Mosk. Zeitung wöchentlich mehrere Artikel über diesen Gegenstand und jeder derselben schließt mit der peremptorischen Forderung, Rowno mit der kurländischen Hafenstadt Libau zu verbinden und diese an die Stelle der preußischen Rivalen zu setzen. Wo möglich soll außerdem das benachbarte Windau in einen starken Kriegshafen verwandelt werden. Da gleichzeitig von derselben Partei dagegen agitirt wird, den russischen Westen durch neue Eisenbahnen mit unserem Osten zu verbinden und das Bestreben, Libau zum Mittelpunkt des baltischen Exports zu machen, ebenso gegen Riga wie gegen die preußischen Häfen gerichtet ist, hat das bezügliche Project mit vielfachen Schwierigkeiten zu kämpfen. Immerhin ist seine Realisirung höchst wahrscheinlich; seine Bedeutung für Preußen läßt sich ebenso an dem Elfer bemessen, mit dem es seitens der Stettiner Ostseezeitung bekämpft wird, wie an den Befürchtungen der russischen Presse vor „preußischen Intriguen“. Kommt die Cartellconvention im Abgeordnetenhause zur Sprache, so wird wohl auch dieser Punkt eingehend erörtert werden.

Die officielle russische Politik, welche man in Wien und Paris hauptsächlich im Orient beschäftigt glaubt, hat thatsächlich alle Hände voll mit inneren Fragen zu thun. In nicht weniger als 11 Provinzen steht, nach einer amtlichen Bekanntmachung des Ministers des Innern, auch für dieses Jahr bittere Noth zu erwarten und an Nachzüglern aus anderen Reichstheilen wird es aller Wahrscheinlichkeit nach nicht fehlen. Schon gegenwärtig ist Petersburg mit Bettlerschaaren aus dem hungernden Westen und Südwesten

überfüllt. In Polen und Litthauen wird die Einführung der russischen Sprache in die katholischen Kirchen mit unbeugsamer Strenge durchgeführt; künftig soll von jedem katholischen Priester, der das geistliche Seminar verläßt um in eine praktische Thätigkeit zu treten, der Nachweis genügender russischer Sprachkenntniß gefordert werden. Ebenso wird die ausschließliche Herrschaft der russischen Sprache in der Administration des Königreichs Polen („Weichsel-land“) zur Geltung gebracht. Dreihundert Städtchen Polens sind zu Dörfern degradirt worden, um die Kosten städtischer Verwaltung zu sparen und die Zahl der mit russischen Beamten zu besetzenden Stellen zu mindern; im wilnaer General-Gouvernement haben zahlreiche Städte ihre polnischen Namen gegen die russischen Bezeichnungen aufgeben müssen, welche vor der „polnischen Invasiön dieses altrussischen Landes“ d. h. vor vierhundert Jahren üblich waren. In den drei Ostseeprovinzen (die jetzt sämmtlich unter nicht-deutschen Gouverneuren stehen) haben die Amtsblätter zunächst ihre deutschen Titel mit russischen vertauscht; in Dorpat ist dem deutschen Curaten ein russischer Gehilfe beigegeben worden, um die Ausbreitung des russischen Sprachunterrichts in den Schulen des baltischen Lehrbezirks zu überwachen. Gleichzeitig ist die russische Nationalpartei eifrig bemüht die Letten und Esthen in ein Bündniß gegen das herrschende deutsche Element zu ziehen: der von lutherischen Predigern vor dreißig Jahren gegründeten lettisch-literarischen Gesellschaft zu Riga und Mitau ist ein Concurrenzverein entgegengesetzt worden — von Wilna her werden mit russischen Lettern gedruckte Bücher nach Liv- und Kurland importirt und ein lettischer Convertit hat ein lettisch-russisches Lesebuch herausgegeben, das den Zweck hat, die beiden slavischen Brudervölker einander zu nähern und die Sprache der Urbewohner Livlands von dem Joch deutschen Einflusses zu befreien. Daß die unermüdlchen Aufreizungen der moskauer Presse auch an maßgebender Stelle ihren Zweck zu erreichen beginnen, wird immer bemerkbarer: wie von den verschiedensten Seiten mit beispielloser Uebereinstimmung behauptet wird, hat ein deutscher Diplomat diesen Versuchen zur Verdächtigung des baltisch-deutschen Elementes und dessen angeblicher Sympathien für Preußen seine Unterstützung geliehen.

— In Petersburg ist man vornehmlich mit zwei Dingen beschäftigt gewesen: mit den sich von allen Seiten, selbst von Sibirien herandrängenden Gesuchen um Eisenbahnconcessionen und mit der Umgestaltung der officiellen Presse. Vom 1. Januar 1869 ab sollen die Organe sämtlicher Ministerien eingehen um einem Regierungsorgane Platz zu machen. Diese Maßregel ist wichtiger, als man auf den ersten Blick glauben möchte, denn sie verhindert die einzelnen Minister, durch ihre Journale an dem heftigen publicistischen Parteikampf, der in Moskau und Petersburg geführt wird, Theil zu nehmen. Besonders empfindlich sieht sich die nationale Demokratie verletzt, welche an dem Kriegsminister Miljutin und dessen Leiborgan, dem „Invaliden“, einflußreiche Gönner sah, deren Beistand schmerzlich vermißt werden wird. Die gesammte Maßregel scheint einen lebhaften Kampf widerzuspiegeln, der im Schooß der Regierung ausgekämpft wird und die Stellung des demokratischen Kriegsministers in Frage gestellt hat. Das militärische System dieses Armeereformators ist gleichzeitig von dem Vorkämpfer der aristokratisch-constitutionellen Partei, der Zeitschrift „Wesstj“ in leidenschaftlicher Weise angegriffen worden — die gesammte polen- und deutscheneindliche Demokratie wie ein Mann für ihren bedrohten Führer eingetreten. Daß dieser Kampf zu einer Veränderung des herrschenden Systems führen werde, scheint von den Kämpfern nicht geglaubt zu werden; wohl aber dürfte es sich darum handeln, ob neben den demokratisch-nationalen Einflüssen noch andere an maßgebender Stelle

fortbestehen sollen, eine Frage, die nicht unwichtig ist, weil sie mit der auswärtigen Politik Rußlands zusammenhängt, mindestens auf die künftige Stellung dieser Macht zur orientalischen Frage einwirken kann. Die nationale Partei huldigt auch in dieser Beziehung aggressiven Tendenzen, die weder vom Fürsten Gortschakow noch von den übrigen Vertretern der conservativen Richtung gebilligt werden.

Man hat in Wien geglaubt und gesagt, die russische Diplomatie sei in letzter Zeit besonders eifrig mit Rumänien und mit gewissen rumänischen Umtrieben an der Donau beschäftigt gewesen, welche auch preußischerseits begünstigt würden. Die steigende Erbitterung, welche Russen und Magyaren einander beweisen, hat diese Gerüchte genährt und für gewisse pesther und wiener Journale zum Axiom gemacht, daß Rußland die bucharestische Regierung aufhebe — wie die Einen behaupten gegen die Ungarn, wie die Anderen wissen wollen gegen die Pfordte. Schon daß eine solche Alternative möglich gewesen, beweist die Unzuverlässigkeit dieser Anklagen, die unausgesetzt wiederholt worden, obgleich seit Monaten Nichts von den Banden verlautet, die in Bucharest und Jassy ausgerüstet werden sollen. Es wäre schwer zu erklären, was Rußland in diesem Augenblick mit einer Feuerbrunst an der Donau beabsichtigte — dessen zu geschweigen, daß Preußen absolut keinen Grund hat, Verwickelungen zwischen Rußland und der Türkei oder deren Beschützern hervorzurufen, so lange Oestreich Frieden hält. Unter solchen Verhältnissen hat nicht ausbleiben können, daß die letzten Auseinandersetzungen der Norddeutschen Zeitung über des berliner Cabinets Stellung zu Rumänien allenthalben wo sie gelesen wurden, nachhaltigen Eindruck gemacht haben. Die Nachrichten freilich, welche aus der Moldau-Walachei nach Westeuropa dringen, sind so abgerissen, widerspruchsvoll und unzusammenhängend, daß man sich von dem, was in diesem abgelegenen Donaugebiet eigentlich vorgeht, eine deutliche Vorstellung nicht machen kann. Die russische Presse, die über die Donauländer und den Orient gewöhnlich besser unterrichtet ist als der Occident, beobachtet über Rumänien schon seit längerer Zeit ein hartnäckiges Schweigen, d. h. sie dementirt oder reproducirt die deutschen und französischen Nachrichten, ohne selbst ausführlichere und zuverlässigere Berichte zu bringen. Daß etwas zu Bucharest im Werk gewesen, ist durch die in den letzten Tagen erfolgte Entlassung Jean Bratiano's eigentlich zweifellos gewesen; der Rücktritt dieses gefürchteten Staatsmannes ist den jüngsten berliner und wiener Zeitungsartikeln zu rasch gefolgt, um nicht mit ihnen in Verbindung zu stehen. Bratiano's Hauptwerk, der begonnene Verkauf der griechischen Kirchengüter, der ihm in London und Paris besonders zum Vorwurf gemacht wird (obgleich ein Versuch dieser selben Maßregel zu Zeiten Cusa's in Paris hochgepriesen und nur von Petersburg her bekämpft wurde), scheint mit seinem Rücktritt in Stocken gekommen zu sein, da die fürstliche Eröffnungsrede eine „versöhnende Lösung“ dieser Angelegenheit in Aussicht nimmt. In der Moldau-Walachei war der Minister, der diese höchst populäre Maßregel ins Werk richtete, übrigens wenig beliebt, — man wirft ihm vor, unter dem Schein des Liberalismus ein Bündniß zwischen dem Fürsten und den rohen Massen gegen die gebildeten Classen vermittelt und dadurch den Cultur- und Bildungsfortschritt des Landes gehemmt zu haben. Bratiano's Rücktritt und die friedliche Rede, mit welcher Fürst Carl seine Kammern eröffnete, werden voraussichtlich für eine Weile beruhigend wirken; Cogolnitscheano, der gemeinsam mit D. Ghika das neue Cabinet bilden soll, ist der Minister, mit dessen Hilfe Cusa seinen Staatsstreich vom Mai 1864 ausführte, übrigens gleich seinem Vorgänger

Demokrat. — In dem der Walachei benachbarten Serbien ist der Belagerungsstand aufgehoben und zu einer Reform der „Socialgesetzgebung“ Wiene gemacht worden.

Die wirkliche oder angebliche Besorgniß vor einem Ausbruch in Rumänien hat unter den Gründen, mit denen Herr von Beust den wiener Reichsrath zur Bewilligung seines Wehrgesetzes bestimmte, eine wichtige Rolle gespielt. Die übrigen Argumente, welche der österreichische Reichskanzler zu Gunsten seiner mehr als drei Viertel Millionen Soldaten zählenden Friedensarmee in die Wagschale warf, haben den Glauben an Oestreichs dauernde Versöhnlichkeit gegen Preußen und Deutschland ebenso erschüttert wie den an die Lebensfähigkeit des liberalen cisleithanischen Ministeriums. Daß in dem Kaiserstaat Freiheit und Frieden gleichbedeutend sind, mindestens die constitutionelle Freiheit den Frieden nicht überleben würde, das weiß vielleicht Niemand so genau wie das Ministerium Biskra und darum hat die liberale deutsche Partei sich nur mit schwerem Herzen entschlossen, dem Kanzler eine kriegsfähige Armee in die Hände zu geben. Wie der Finanzminister es anfangen werde, sein bei Gelegenheit der Couponsteuer gegebenes Versprechen zu halten und das Deficit binnen drei oder jetzt $2\frac{1}{2}$ Jahren aus der Welt zu schaffen, ist zunächst noch sein Geheimniß: möglich, daß man ihn der Verlegenheit, dieses Versprechen zu halten, in Wäldern entheben wird. Klagte die wiener officöse Presse schon vor Zutammentritt des Reichsraths über den allgemeinen Pessimismus und den Unglauben der Oestreicher an die Dauerbarkeit des gegenwärtigen Systems, so ist nicht anzunehmen, daß die Stimmung sich nach der Annahme des Wehrgesetzes bessern werde. Ueberdies ist die Sprache, welche man in dieser Presse gegen Preußen führt, nicht dazu angethan, den friedlichen Kernsprüchen, in denen der Leiter der österreichischen Politik sich ergeht, eine Stätte zu bereiten. Auch die große Masse der Friedfertigen und Indifferenten in Süddeutschland ist durch die Annahme des Wehrgesetzes nicht eben angenehm berührt worden; bis tief in die Mittelpartei herein hat man sich sehr entschieden mißbilligend darüber ausgesprochen, daß das friedensbedürftige Oestreich auf die Friedenshoffnungen dieses Winters einen Mehlthau geworfen habe. Befriedigt sind höchstens diejenigen bairischen und badischen Ultramontanen, welche ihren Aerger über die Antastung des Concordats genugsam verwunden haben, um an dem liberalen wiener Cabinet irgend etwas löblich zu finden, die Welfen und Welfengenossen vom Schlage der „Sächsischen Zeitung“. — Mit den renitenten Czechen ist die k. k. Hofburg trotz aller Repressivmaßregeln und Ausnahmegeetze um keinen Schritt weiter gekommen; daß neuerdings von der Wiederaufnahme privater Verhandlungen mit den böhmischen Führern die Rede ist, beweist, daß man der Regierung größere Nachgiebigkeit zutraut als dem Starrsinn der böhmischen Wortführer. Besser ist man mit den Polen gefahren, die trotz der ihnen verhaßten Eintheilung Galiziens in 11 Verwaltungskreise für das Wehrgesetz gestimmt und der Regierung dadurch einen so wichtigen Dienst geleistet haben, daß der Kaiser ihnen direct seinen Dank abstaten ließ. Ein Opfer haben die Vertreter Galiziens mit ihrem Votum nicht gebracht, auch Nichts von dem zurückgenommen, was sie auf dem letzten lemberger Landtage als ihre Meinung aussprachen — sie waren in der günstigen Lage gleichzeitig dem von ihnen gekränkten Cabinet ein Pflaster auf die Wunde legen und dem Grundgedanken aller polnischen Politik, dem Haß gegen Rußland, treu bleiben zu können. — In der östlichen Reichshälfte hat die Deakpartei sich noch immer an der Spitze der öffentlichen Meinung zu behaupten gewußt und in allen wichtigen Fragen den Ausschlag

gegeben. Die im pesther Unterhause geführte Debatte über das Nationalitäten-gesetz hat auch dieses Mal zu einem Conflict zwischen dem herrschenden Stamm und den nach Gleichberechtigung ringenden kleinen Nationalitäten geführt; die rumänischen und ein Theil der serbischen Vertreter verließen den Conferenzsaal ohne daß das Haus sich durch diesen Zwischenfall (den Deák als „rein privaten“ bezeichnete) in seinen Verhandlungen unterbrechen oder aufhalten ließ. In Belgrad und Bucharest wird dieser Vorgang sicher nicht mit derselben Gleichgiltigkeit aufgenommen werden wie im pesther Ständehause, sondern neues Öl in das Feuer des Hasses gießen, welches in den westslawischen Völkern gegen Ungarn entbrennt. Das Verhältniß der außerhalb Ungarns lebenden Serben und Rumänen zu der Stefanskronen ist von dem der Kroaten, die sonst für die gefährlichsten südslawischen Gegner des Dualismus gelten, stets verschieden gewesen. Als Katholiken sehen die Kroaten den Fortbestand der türkischen Macht aus wesentlich anderen Gesichtspunkten an als ihre der griechischen Kirche angehörigen Stammverwandten und Nachbarn, denen die Wiederaufrichtung des griechischen Kreuzes auf der Aja Sophia traditionell das höchste irdische Ziel ist; sie haben ferner bei ihrem Sträuben gegen die Vereinigung mit Ungarn nie einen andern Stützpunkt gehabt als die habsburgische Dynastie und seit diese sich mit den Magyaren versöhnt hat, auch in Wien keinen Rückhalt mehr. Zwischen Kroaten und Magyaren haben endlich nur nationale, aber niemals religiöse Gegensätze obgewaltet und diese sind es welche im östlichen Europa immer in letzter Instanz entscheiden und in den Massen, die das Nationalitätsprincip nie recht verstanden haben, den Ausschlag geben. In der kirchlichen Gemeinschaft der Rumänen, Serben, Bulgaren u. s. w. mit den Russen liegt die eigentliche Gefahr des Panславismus und aus diesem Grunde erscheinen selbst untergeordnetere Differenzen zwischen Magyaren und deren griechisch-orthodoxen Mitbürgern gefährlicher, als die ernstesten Händel mit den zahlreicheren und an und für sich wichtigeren Kroaten. Kroatische Klagen über magyarische Bedrückung verhalten ziemlich spurlos in Ugram und Trieme und werden nur der Form wegen in Neufaz, Prag und Moskau nachgedruckt, während jede Beschwerde über Beeinträchtigung von Gliedern der „rechtgläubigen“ Kirche bis an den Bosphorus, das weiße und schwarze Meer und den finnischen Meerbusen lebhaften Widerhall findet. Allen Bemühungen der panslawistischen Schultheorie zum Troß gilt dem gemeinen Mann in Rußland, Rumänien, Serbien und der Türkei immer nur der Glaubensgenosse als slavischer Bruder; es ist darum völlig begreiflich und gerechtfertigt, wenn man in Pesth ungleich größeres Gewicht auf die Vorgänge und Stimmungen in Bucharest und Belgrad legt, als auf Alles, was in Ugram oder Prag geschieht*) und das neu erschienene österreichische Rothbuch hat durch die Ausführlichkeit mit welcher es auf diese Länder eingeht in der That einem vorhandenen Bedürfniß wenigstens der ungarischen Reichshälfte entsprochen.

Mit dem breiten Raum verglichen, den das österreichische Rothbuch den souveränen Staaten der Pfordte widmet, ist der Abschnitt, welcher die türkischen Zustände behandelt, ziemlich unbedeutend und flüchtig. Sehr viel deutlicher hat sich über die Trostlosigkeit der ottomanischen öffentlichen Zustände Lord Stanley in seiner Wahlrede ausgesprochen. Raum jemals früher dürfte

*) Zu bemerken ist bei dieser Gelegenheit, daß innerhalb der westslawisch-griechischen Welt Serben und Rumänen nicht immer gleichen Sinnes sind, sondern häufig genug um die geistige und politische Führerschaft an der unteren Donau hadern.

ein brittischer Minister so unzweideutig eingestanden haben, daß es mit dem „kranken Manne“ zu Ende geht, ein Umstand der von der officiellen russischen Presse wiederholt und nachdrücklich hervorgehoben und utiliter acceptirt worden ist.

Das kühle Urtheil des leitenden englischen Staatsmanns über die innere Auflösung des türkischen Reichs steht mit dessen Sympathien für das Nichtinterventionprinzip in engem Zusammenhange. Dieses Princip beginnt mehr und mehr der Angelpunkt aller auswärtigen Politik Englands zu werden und seine Anwendung auf das große orientalische Zukunftsproblem ist vielleicht nur noch Frage der Zeit. Schon vor Jahr und Tag behaupteten die Münchner „historisch-politischen Blätter“ mit der ihnen eigenthümlichen Drahtik, der Zeitpunkt sei nicht mehr fern, wo die brittischen Wammonsdiener in der Hoffnung auf gesteigerten Absatz ihrer Baumwollwaaren die verarmten Türken fallen lassen würden, um mit deren slavischen Feinden und präsumptiven Rechtsnachfolgern Frieden und Freundschaft zu schließen. Wenn es in der bisherigen Weise fortgeht, so ist nicht unmöglich, daß diese Prophezeiung sich verwirklicht. Eifrige Theilnahme an der continentalen Politik galt in früherer Zeit für eines der Hauptmerkmale alt-englischer Torydoctrin; heute fragt sich nur noch, ob Tories oder Whigs in ihrem Abscheu gegen jede Betheiligung an europäischen Händeln weiter gehen und auf welcher Seite die Politik von 1853 am härtesten verurtheilt wird. — Stanley und Disraeli haben mit den Reden, welche sie auf dem Bankett des Lord-Mayors hielten, um ihren Glauben an Preußens deutsche Zukunft noch einmal zu bekräftigen, wahrscheinlich ihr ministerielles Schwanenlied gesungen. Trotz aller Anstrengungen der Tories und ihrer weitverbreiteten hochförmlichen Bundesgenossenschaft sind die nach dem Reformgesetz vorgenommenen Wahlen entschieden whigistisch ausgefallen. Tories und Radicale sind aufs Haupt geschlagen worden und trotz der Vermehrung der Wählerzahl um Hunderttausende von Arbeitern gebieten die Gegner des Reformministers über eine Majorität von mindestens 110 Stimmen; John Stuart Mill, Milnar Gibson und Koebuck sind der Concurrenz conservativer Gegner unterlegen — der traditionelle Charakter des englischen Unterhauses ist aus der Krisis des letzten Winters noch siegreicher hervorgegangen, als aus dem großen Kampf von 1832.

Es gilt schon gegenwärtig für ausgemacht, daß, wenn die Opposition aus Ruder kommt, John Bright neben Gladstone auf der Ministerbank Platz finden wird. Von dieser bevorstehenden englischen Staatsveränderung haben wir Deutsche mithin für den Fall eines kriegerischen Zusammenstoßes Nichts zu erwarten; der bloße Name des bekannten Manchestermannes ist mit entschiedener Abneigung gegen Alles, was nach Krieg oder leiserer Schädigung der Interessen des englischen Handels klingt, identisch und wir müssen uns darauf gefaßt machen, das Nichtinterventionprinzip bis auf die äußerste Spitze getrieben zu sehen. Einem Politiker, dem kein Ausdruck zu stark war, wenn es sich um die Verurtheilung eines Krieges handelte, dessen Unterlassung einen vollständigen und principiellen Verzicht auf Englands orientalische Stellung und die Auflösung der türkischen Monarchie bedeutet hätte, einem Politiker dieser Art kann zugetraut werden, daß er selbst einer unbeschränkten französischen Herrschaft über Mitteleuropa unerschütterlich zusehen würde, so lange dieselbe nicht etwa protectionistische Grundsätze für ihr Handels- und Wirtschaftssystem adoptirte oder eine neue Continentsperre ins Werk setzte. Wenigstens für die nächste Zukunft zählt England in der großen europäischen Politik nicht mehr mit, mögen die Whigs oder die Tories die Herrschaft behaupten. Diese Lücke in dem Concert unseres Welttheils wird

um so fühlbarer werden, als von kundiger Seite versichert wird, der Anspruch Nordamerikas darauf, im Rath der europäischen Mächte mitzustimmen, werde, wenn General Grant in das weiße Haus zu Washington gezogen, mit besonderer Lebhaftigkeit aufgenommen werden. Die Wahl des Siegers von Vicksburg kann als gesichert angesehen werden, obgleich sie ihr zweites Stadium noch durchzumachen hat. Wohl läßt sich mit einiger Sicherheit voraussagen, daß der republicanische Präsident, wenn er das Gewicht seines jungen Staats in die europäische Wagschale wirft, zu Deutschland und nicht zu Frankreich — dem weiland Verbündeten der südlichen SeceSSIONisten — stehen werde, die europäische Großmacht, welche am Meisten von amerikanischer Unterstützung zu hoffen hat und im Gebiet der Union am populärsten ist, wird aber nicht Preußen, sondern Rußland sein. Seit dem Triumphzuge, den der Unterstaatssecretär Fox im J. 1866 durch Rußland hielt, ist kein Gedanke in den beiden Staaten, welche die äußersten Endpunkte unserer Culturwelt bilden, so populär, wie der eines engen Bündnisses zwischen der nordamerikanischen Republik und der russischen Autokratie. „Von der felsigen Küste des finnischen Meerbusens bis an die flachen Ufer der Wolga“ so heißt es in einer 1866 veröffentlichten Betrachtung über Fox' russische Mission, „tönen Jubelrufe zum Preise der großen Republik des Westens, härtige Muthifs von Iwer und Nowgorod schwingen begeistert das Sternennbanner, Adelsmarschälle, Kammerherren, wirkliche und gemeine Staatsräthe schwärmen für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und Hail Columbia ist ein russisches Volkslied geworden.“ Anderthalb Jahre früher hatten die Officiere einer in New-York ankernden russischen Escadre einen ähnlichen Triumphzug durch das Gebiet der damals noch im Bürgerkriege liegenden Union gemacht. Seitdem ist das Band zwischen der Nationalpartei in Rußland und den nordamerikanischen Republicanern nur noch befestigt und durch die Heranziehung angeblicher Analogien in der neueren Geschichte beider Staaten enger gezogen worden. Dieselbe Rolle, welche die Republicaner des Nordens als Sklavenbefreier in den Südstaaten gespielt haben, nehmen die moskauer Demokraten für ihre rettenden Thaten in Polen und Litthauen in Anspruch und der mit ihnen verbündete russische Protectionismus steift sich nicht wenig darauf, daß sein System durch einen Bürger der Union (Carrey) wissenschaftlich begründet und nirgend rücksichtsloser und consequenter durchgeführt worden ist, als in dem Vaterlande der Freiheit und der modernen liberalen Ideen. Die wirthschaftliche Unfreiheit ist nach dieser Theorie das nothwendige Correlat demokratisch nationaler Entwicklung — Arm in Arm mit der Nation der occidentalen Zukunft marschirt das Volk des jungfräulichen Ostens an der Spitze der Civilisation, die entartete europäische Culturwelt weit hinter sich lassend! — Bei so bewandten Umständen kann es uns nicht Wunder nehmen, daß Grant's Erwählung in der officiellen petersburger Presse wie eine neue Bürgschaft für die verheißungsvolle Zukunft der russischen auswärtigen Politik gefeiert wird. Ob diese russisch-amerikanische entente cordiale, wenn sie dereinst erst in voller Blüthe steht, nicht England wieder in die Arme einer thätigeren Theilnahme an den Geschicken unseres Continents zurückführen wird?

Verantwortliche Redacteurs: Gustav Freytag u. Julius Gårdt.

Verlag von F. V. Verbig. — Druck von Gützel & Begler in Leipzig.